

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. Juli 1960

146/J

A n f r a g e

der Abgeordneten K r a n e b i t t e r, M i t t e r e r, H a t t m a n n s-
d o r f e r, S t ü r g k h, Dr. H o f e n e d e r und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Verhandlungen über die Rückstellung von Vermögenswerten
an die Familie Habsburg-Lothringen.

-.-.-

In der Öffentlichkeit sind in der letzten Zeit immer wieder Meldungen
über Verhandlungen, betreffend die Rückgabe von Vermögenswerten an die
Familie Habsburg-Lothringen festzustellen. In einer parlamentarischen
Anfrage der Abgeordneten Probst, Winkler und Genossen vom 6. Juli 1960
heisst es andererseits, dass "weder in der Bundesregierung noch im Koali-
tionsausschuss Verhandlungen über die Auslieferung von Staatsvermögen
an die Habsburger geführt wurden", wobei im weiteren Text der Anfrage
von einer angeblichen Preisgabe von hunderten Millionen Staatsbesitz
die Rede ist.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, dass dieser Fragen-
komplex in einer dem Geist der österreichischen Rechtsvorschriften ent-
sprechenden Art und Weise geregelt werden soll und richten daher an den
Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e n:

- 1.) haben in der letzten Zeit tatsächlich Verhandlungen mit Vertretern
der Familie Habsburg-Lothringen stattgefunden, die eine Rückgabe von
Vermögenswerten an die genannte Familie zum Gegenstande hatten, wenn ja
- 2.) war die Sozialistische Partei Österreichs von diesen Verhandlungen, wie
die Abgeordneten Probst, Winkler und Genossen in ihrer Anfrage vom
6. Juli 1960 behaupten, tatsächlich nicht unterrichtet
- 3.) in welcher Grössenordnung bewegen sich die unter Berücksichtigung der
gegebenen Rechtslage für eine Rückgabe an die Familie Habsburg-
Lothringen in Frage kommenden Werte.

-.-.-.-